

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

27. Jahrgang

Berlin, den 1. April 1960

Nummer 14

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Der Westberliner Landeshaushalt 1950 bis 1960

Der öffentlichen Hand kommt in West-Berlin eine große Bedeutung im Rahmen der Gesamtwirtschaft zu. Sowohl die Vielzahl der staatlichen und kommunalen Aufgaben als auch das erhebliche Gewicht der aus öffentlichen Mitteln finanzierten Unterstützungs- und Förderungsmaßnahmen haben den Landeshaushalt zu einem wesentlichen Faktor im Wirtschaftsleben Berlins werden lassen. Die Verabschiedung des Haushaltsplans für das kommende Rechnungsjahr gibt Anlaß, die Entwicklung der öffentlichen Tätigkeit in den letzten Jahren zu betrachten.

Das Gesamtbild

Grundlage der Untersuchung sind die Ergebnisse der Finanzstatistik, die vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht werden. Sie wurden mit Hilfe von weiteren Unterlagen und Schätzungen fortgeschrieben und auf Kalenderjahre umgerechnet, um sie mit anderen Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vergleichbar zu machen. Der Landeshaushalt in der vorliegenden Abgrenzung umfaßt alle eigenen Einnahmen und Ausgaben des Stadtstaates. Neben den von Doppelzählungen bereinigten Ergebnissen der Haushaltsrechnung wurde auch der außerordentliche Haushalt einbezogen, nicht hingegen alle die Einnahmen und Ausgaben, die in die Kompetenz des Bundes fallen, wie Bundessteuern, Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich usw.

Vom Kalenderjahr 1950 bis zum Kalenderjahr 1959 ist die Ausgabensumme des Westberliner Landeshaushalts von 1,3 Mrd. DM auf 3,0 Mrd. DM oder um 130 vH gestiegen. Die Ausgabenerhöhungen erstreckten sich, wenn auch mit verschiedener Intensität, auf alle großen Ausgabengruppen. Im gleichen Zeitraum hat sich das Bruttosozialprodukt in West-Berlin noch stärker — um 175 vH — erhöht. Das Gewicht der öffentlichen Tätigkeit ist demnach — gemessen am Gesamtvolumen der Westberliner Wirtschaft — mit steigender Gesundung der Wirtschaftskraft zurückgegangen.

In der betrachteten Zeit stiegen ebenso die gesamten dem Land Berlin zufließenden Einnahmen. So erhöhte sich das Steueraufkommen von 0,7 Mrd. DM 1950 auf 1,0 Mrd. DM 1959. Das Steueraufkommen der Kalenderjahre 1950 und 1951 enthält jedoch noch Bundessteuern, die erst seit dem zweiten Quartal 1951 — mit der Einbeziehung Berlins in das Finanzsystem des Bundes — an den Bund abgeführt wurden. Das Aufkommen an Landes- und Gemeindesteuern allein betrug 1950 lediglich 0,36 Mrd. DM. Die Berlin zustehenden

Steuern haben sich mithin von 1950 bis 1959 verdreifacht.

Die in der Form der „Bundeshilfe“ gewährten Zuschüsse des Bundes wuchsen seit 1950 um 130 vH. Darüber hinaus wird der Berliner Landeshaushalt seit einigen Jahren auch durch Gewährung gering verzinster Darlehen gestützt, mit denen im wesentlichen Bauinvestitionen finanziert werden. Diese Bundesdarlehen, u. a. Mittel für die Wohnungsbauförderung, die auch jedem anderen Bundesland gewährt werden, haben sich von 29 Mill. DM im Jahre 1950 auf 343 Mill. DM im Jahre 1959 erhöht. Bundeszuschüsse und Bundesdarlehen zusammengenommen haben in dem betrachteten Zeitraum von 400 Mill. DM auf 1,2 Mrd. DM oder auf das Dreifache zugenommen.

Die letzte große Einnahmeposition sind die Zuweisungen des Bundes zu bestimmten Landesaufgaben, die Berlin ebenso wie den anderen Bundesländern zufließen. Im wesentlichen sind dies die Beteiligung des Bundes an der Kriegsfolgenhilfe, an den Entschädigungsleistungen sowie Zuschüsse für bestimmte Baumaßnahmen.

Die einzelnen öffentlichen Aufgaben

Das in den einzelnen Jahren verbleibende Defizit oder der Überschuß im fiskalischen Sinne war stets — gemessen am gesamten Haushaltsvolumen — nur gering. Dagegen blieb das Defizit im volkswirtschaftlichen Sinn, das durch Bundeszuschüsse gedeckt werden mußte, nach wie vor einer der gewichtigsten Posten in der gesamten Haushaltsrechnung. Der Bundeszuschuß ist schon vielfältig diskutiert worden¹⁾: Einerseits reicht die noch ungenügende Wirtschaftskraft der Stadt nicht aus, um die öffentlichen Ausgaben aus eigener Kraft zu decken. Andererseits ist die Belastung durch Sonderausgaben in Berlin besonders hoch. Schon das Zusammenfallen von kommunalen und staatlichen Aufgaben hat einen relativ hohen Anteil des Staates an der gesamten Wirtschaftstätigkeit zur Folge. Während z. B. im Bundesgebiet der staatliche Sektor 7 vH zum Bruttosozialprodukt beiträgt, sind es in West-Berlin 13 vH. Darüber hinaus jedoch erfordert die politische Lage West-Berlins ein weit höheres Maß an öffentlicher Initiative, als dies unter normalen Umständen der Fall zu sein brauchte. Dies erhellt ein Vergleich mit den ihrer Struktur nach ähnlichen Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Dort liegt der Anteil des Staates am

¹⁾ Vgl. hierzu Wochenbericht des DIW, Nr. 9/1958.

Einnahmen und Ausgaben des Landes West-Berlin¹⁾

Kalenderjahre

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958*)	1959*)	1960**)	1952	1959*)	1960**)
	in Mill. DM											in vH		
Steuern ²⁾	736	530	555	631	675	677	849	915	967	1 034	1 060	40,4	34,3	35,4
darunter Bundessteuern	(381)	(114)												
Gebühren, Entgelte usw.	45	50	85	105	120	140	150	150	156	180	190	6,2	6,0	6,3
Zuweisungen Bund ³⁾	6	75	90	130	125	150	395	518	554	586	540	6,6	19,4	18,0
Bundeszuschüsse	368	550	600	673	719	812	728	710	873	850	810	43,6	28,2	27,0
Kredite ⁴⁾	29	19	44	110	146	290	356	300	351	365	400	3,2	12,1	13,3
Einnahmen, gesamt	1 184	1 224	1 374	1 649	1 785	2 069	2 478	2 593	2 901	3 015	3 000	100,0	100,0	100,0
Personalausgaben ⁵⁾	430	464	570	665	719	785	895	973	1 065	1 107	1 155	39,0	37,0	38,1
Sachausgaben	220	212	257	251	250	251	260	263	290	280	285	17,6	9,4	9,4
Sozialausgaben ⁶⁾	290	204	206	221	218	310	409	595	609	631	600	14,1	21,1	19,8
Eigeninvestitionen	53	51	101	121	110	149	202	271	246	312	300	6,9	10,4	9,9
Gewerbliche Investitionen ⁷⁾	55	65	140	163	217	270	300	280	290	340	360	9,6	11,4	11,9
Sonstige Ausgaben ⁸⁾	234	114	188	210	250	328	312	336	321	321	330	12,8	10,7	10,9
Ausgaben, gesamt	1 282	1 110	1 462	1 636	1 764	2 093	2 378	2 718	2 821	2 991	3 030	100,0	100,0	100,0
Saldo⁹⁾	-98	+114	-88	+13	+21	-24	+100	-125	+80	+24	-30	—	—	—

1) Ohne Einnahmen und Ausgaben des eigentlichen Bundeshaushalts und des Lastenausgleichsfonds. — 2) Soweit sie dem Land Berlin zufließen, einschl. Zweckabgaben (Ostmark-Umtauschabgabe, Bau-Notopfer u.ä.). — 3) Für Kriegsfolgenhilfe, Entschädigungsleistungen usw. — 4) Längerfristige Darlehen beim Bund, Lastenausgleichsfonds, Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, ERP-Sondervermögen und Kapitalmarkt. — 5) Aktivbezüge und Versorgung. — 6) Einschl. Entschädigungen. — 7) Darlehen und Zuschüsse für Wohnungsbau und Wirtschaftsförderung. — 8) Subventionen, Zinsen, Notstandsprogramm, Zuweisungen an den Bund usw. — 9) Einschl. Zuführungen und Entnahmen von Rücklagen und Kapitalvermögen. — *) Vorläufig. — **) Entsprechend dem Haushaltsplan geschätzt.

Bruttosozialprodukt mit 10 vH zwar über dem des Bundesgebiets, aber dennoch beträchtlich unter dem West-Berlins.

Gleichwohl läßt sich in der Entwicklung der gesamten Einnahmen eine Besserung der Finanzkraft der Stadt erkennen. Der Anteil der Bundeszuschüsse — allgemeiner, besonderer und variabler Bundeszuschuß — am Haushaltsvolumen ist nämlich von 44 vH im Jahre 1952 Jahr für Jahr beträchtlich zurückgegangen und betrug 1959 weniger als 30 vH.

Die Bedeutung der öffentlichen Tätigkeit in West-Berlin zeigt sich nicht nur an ihrem Anteil am gesamten Sozialprodukt. Darüber hinaus läßt eine Betrachtung der Struktur des Haushalts erkennen, wie sich mit den veränderten wirtschaftlichen Problemen Berlins auch die Schwerpunkte der öffentlichen Aktivität gewandelt haben. Zu Beginn des betrachteten Zeitraums wurde der größere Teil der Haushaltssumme von Verwaltungsaufgaben beansprucht. Bis 1954 entfiel mehr als die Hälfte der Aufwendungen auf öffentliche Verbrauchsausgaben (Personal- und Sachkosten). Dann jedoch boten die Wohnungsbaudarlehen des Bundes, die sonstigen Investitionskredite sowie auch die laufend gewährten Haushaltszuschüsse die Möglichkeit, in wachsendem Maße und gezielt zur Anregung der Wirtschaft West-Berlins beizutragen. Dies geschah durch öffentliche Investitionen und gleichzeitig durch Darlehensgewährung zur Förderung von gewerblichen Bauten. Diese Ausgaben, die 1950 erst etwa 8 vH der gesamten Haushaltssumme auf sich vereinigten, stiegen bis 1959 auf 22 vH; noch stärker — von 12 auf 30 vH — erhöhte sich die Beteiligung der öffentlichen Hand an der Finanzierung der gesamten Bruttoinvestitionen in Berlin. Gleichzeitig ging der Anteil des öffentlichen Verbrauchs am Bruttosozialprodukt von 20 vH im Jahre 1950 auf 15 vH 1959 zurück, und das Gewicht der Anlageinvestitionen von 16 vH auf 18 vH hinauf. Während mithin zu Beginn des betrachteten Zeitraums das Schwergewicht der öffentlichen Ausgaben „verbrauchsorientiert“ war, hat die öffentliche Hand in den letzten Jahren wesentliche Anregungen zur Steigerung der Wirtschaftstätigkeit und der Beschäftigung in West-Berlin gegeben. Nicht zuletzt dadurch wurde die

lebhaftere Wirtschaftsentwicklung West-Berlins in den letzten Jahren unterstützt.

Die künftigen Probleme

Die derzeitigen Erfordernisse in West-Berlin verlangen auch von der öffentlichen Hand — wenn sie wie bisher fördernd auf den Wirtschaftsprozeß einwirken will — eine Neuorientierung ihrer Aufgaben. In der ersten Phase der großen Arbeitslosigkeit war die Aufrechterhaltung der Verwaltung sowie Zahlung von Unterstützungen vordringlich, dann, mit dem Wiederaufbau, die Anregung von Investition und Beschäftigung. Nunmehr aber ist die Vollbeschäftigung annähernd erreicht worden. Das künftige Wirtschaftswachstum West-Berlins wird jetzt fast ausschließlich von der Steigerung der Produktivität abhängen, da die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte nicht mehr nennenswert vergrößert werden kann. Die weitere wirtschaftliche Expansion wird deshalb überwiegend von den Bereichen ausgehen, die durch ihre spezifischen Produktionsbedingungen hohe Produktivitätssteigerungen erzielen können. Die Möglichkeit der öffentlichen Hand, hierbei Hilfestellung zu leisten, ist auf zweifache Weise gegeben: Einmal sollten die schon verschiedentlich eingeleiteten Bemühungen zu einer Rationalisierung der Verwaltung und damit zu einer Verminderung des Wachstums des öffentlichen Verbrauchs fortgesetzt werden. Außerdem sollten die dem öffentlichen Einfluß unterliegenden Auftragsvergaben unbedingt im Rahmen des vom Zweck her Notwendigen und konjunkturell Möglichen bleiben. Eine Zurückhaltung der Nachfrage von seiten der öffentlichen Hand wird bei der zunehmenden Verknappung der Arbeitskräfte die übrigen Bereiche der Wirtschaft um so eher in die Lage versetzen, stärker zu expandieren.

Unter diesen Gesichtspunkten sollte die Aufstellung des Haushaltsplans für das kommende Etatsjahr betrachtet werden. Das gesamte Haushaltsvolumen für das Rechnungsjahr 1960 wird — nach dem Etatsentwurf — um etwa 100 Mill. DM unter dem des abgelaufenen Etatsjahres liegen. In der hier vorgenommenen Abgrenzung, die von der Abwicklung der Reste aus den Vorjahren absieht und gleichzeitig auf das

Kalenderjahr 1960 abstellt, wird die Haushaltssumme etwa konstant bleiben. Bei den Einnahmen wie bei den Ausgaben ist dies freilich das Ergebnis von gegenläufigen Entwicklungen bei den einzelnen Positionen. Auf der Einnahmenseite wird die vorgesehene Verminderung der Bundeszuschüsse durch die zu erwartenden wachsenden Steuereinnahmen ausgeglichen. Dabei dürfte der Voranschlag für die Einnahmen an Landes- und Gemeindesteuern der Höhe nach noch recht vorsichtig sein. Bei den Ausgaben werden Subventionen, Zuschüsse und Entschädigungsleistungen zurückgehen. Bei den Investitionsausgaben ist nach den Voranschlägen ein nur noch geringfügiger Anstieg zu erwarten, er konzentriert sich insbesondere auf die weitere Förderung des Wohnungs- und Straßenbaus.

Der Personalbestand wird vor allem im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und auch in der Sozialverwaltung zunehmen. Wenn diese Ausweitung auch gerechtfertigt ist, so zeigt sie jedoch, wie notwendig es ist, die Rationalisierung der Verwaltung weiter voranzutreiben, um den Personalaufwand für neuankommende Aufgaben in Zukunft durch Einsparungen an anderer Stelle stärker ausgleichen zu können. Im ganzen aber zeigt die Aufstellung des Haushaltsplans, daß die nahezu konstante Nachfrage von Seiten der öffentlichen Hand den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung trägt. Bei der zu erwartenden kräftigen Sozialproduktzunahme wird 1960 der Anteil der öffentlichen Ausgaben an der Gesamtnachfrage weiter zurückgehen.

Die Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik im Jahre 1959

Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im Verlaufe des Jahres 1959 fand ihren Ausdruck in einer sich ständig erhöhenden Zuwachsrate des — die Summe aller Einkommen repräsentierenden — Nettosozialprodukts von 4 vH im ersten Vierteljahr auf 10 vH in IV/1959. Bei diesen Berechnungen wurde von den vom Statistischen Bundesamt kürzlich vorgelegten revidierten Jahreszahlen des Bruttosozialprodukts¹⁾ unter Beibehaltung der für die Jahre 1958 und 1959 vom DIW errechneten volkswirtschaftlichen Abschreibungen ausgegangen. Gegenüber den früheren Veröffentlichungen ergeben sich für 1958 ein um 5 Mrd. DM höheres Brutto- bzw. Nettosozialprodukt, also Erhöhungen um 2,2 bzw. 2,5 vH. Durch die Neuberechnungen brauchten keine wesentlichen Korrekturen an der Summe der Arbeitnehmerinkommen vorgenommen zu werden; der weitaus größte Teil der Niveauerhöhung entfiel auf die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die Brutto-Einkommensentwicklung

Das Nettosozialprodukt (zu Marktpreisen) wird zunächst nach Brutto-Einkommensarten aufgeteilt und in

¹⁾ Vgl. Wirtschaft u. Statistik, 12. Jg., N.F., Heft 1, Jan. 1960, S. 9 ff.

²⁾ Einschl. fiktiver Pensionsrückstellungen für die im aktiven Dienst stehenden Beamten.

seiner Entwicklung verfolgt. Mehr als die Hälfte der Gesamteinkommen (52,6 vH) entfiel 1958 auf das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. In diesem sind, neben den Bruttolöhnen und -gehältern, die Arbeitgeberbeiträge an „öffentliche Einrichtungen zur sozialen Sicherung“²⁾ enthalten. Ein Drittel (32,4 vH) des Nettosozialprodukts nahmen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Anspruch und weitere 15 vH gingen in Form von indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) an die öffentliche Hand.

Die Einkommenseigenschaft dieser Einnahmen ist zwar umstritten. Häufig entzieht man sich einer Entscheidung darüber, indem man diese Steuern ganz aus der Summierung herausläßt, also das sogenannte „Nettosozialprodukt zu Faktorkosten“ als Summe aller Einkommen bezeichnet. Das führt allerdings zu methodischen Schwierigkeiten, wenn man von der hier dargestellten Brutto-Einkommensverteilung (primär) zur Netto-Einkommensverteilung (sekundär) übergeht, da in Höhe des Nettosozialprodukts zu Marktpreisen Einkommen verfügbar sind und für Verbrauch und Vermögensbildung verwendet werden.

1959 ist das Nettosozialprodukt der Bundesrepublik unter dem Einfluß sich steigernder Wirtschaftsaktivität,

Die Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik
(seit III/59 einschl. Saarland)

Zeit	Nettosozialprodukt ¹⁾	Brutto-Einkommen						Netto-Einkommen						
		Eink. aus unselbst. Arbeit	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen			Indirekte Steuern abzügl. Subvention.	Löhne und Gehälter	Öffentl. Sozial-einkommen ⁴⁾	Betriebl. Sozial-einkommen	Private und öffentliche Unternehmen ⁵⁾			Öffentl. Hand ⁶⁾	
			gesamt	Staat ²⁾	Private u. Öffentl. Unternehmen ³⁾					Betriebl. Sozial-einkommen	gesamt	Entnahmen ⁵⁾		unverteilt
in Mrd. DM														
1958	207,5	109,1	67,2	3,9	61,7	1,6	31,2	82,2	30,2	1,6	46,6	32,9	13,7	46,9
1959	225,7	117,8	72,6	4,1	66,7	1,8	35,3	88,9	31,5	1,8	48,9	35,6	13,3	54,6
1958 I. Vj.	48,4	25,0	16,0	0,9	14,7	0,4	7,4	19,1	8,0	0,4	10,9	7,7	3,2	10,0
II. "	50,8	27,0	16,4	1,0	15,0	0,4	7,4	20,3	7,3	0,4	11,5	7,4	4,1	11,3
III. "	53,1	28,1	17,1	1,0	15,7	0,4	7,9	21,1	7,3	0,4	12,2	7,3	4,9	12,1
IV. "	55,2	29,0	17,7	1,0	16,3	0,4	8,5	21,7	7,6	0,4	12,9	10,5	1,5	13,5
1959 I. Vj.	50,4	26,6	15,5	1,0	14,1	0,4	8,3	20,4	8,1	0,4	9,8	8,2	1,6	11,7
II. "	54,9	28,9	17,6	1,0	16,2	0,4	8,4	21,8	7,6	0,4	12,0	7,6	4,4	13,1
III. "	58,4	30,6	18,8	1,0	17,3	0,5	9,0	23,0	7,8	0,5	13,0	7,8	5,2	14,1
IV. "	62,0	31,7	20,7	1,1	19,1	0,5	9,6	23,7	8,0	0,5	14,1	12,0	2,1	15,7
Zuwachs gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit in vH														
1959	8,8	8,0	8,0	5,1	8,1	12,5	13,1	8,2	4,3	12,5	4,9	8,2	- 2,9	16,4
1959 I. Vj.	4,1	6,4	-3,1	11,1	-4,1	-	12,2	6,8	1,3	-	-10,1	6,5	-50,0	17,0
II. "	8,1	7,0	7,3	-	8,0	-	13,5	7,4	4,1	-	4,3	2,7	7,3	15,9
III. "	10,0	8,9	9,9	-	10,2	25,0	13,9	9,0	6,8	25,0	6,6	6,8	6,1	16,5
IV. "	12,3	9,3	16,9	10,0	17,2	25,0	12,9	9,2	5,3	25,0	17,5	14,3	40,0	16,3

¹⁾ Zu Marktpreisen. — ²⁾ Einnahmen aus Erwerbsvermögen und Zinsensaldo. — ³⁾ Einschl. Zinsinkommen der privaten Nicht-Unternehmer. — ⁴⁾ Einschl. Pensionen. — ⁵⁾ Einschl. Zinsinkommen der privaten Nicht-Unternehmer. — ⁶⁾ Öffentliche Abgaben (ohne Gebühren) abzüglich öffentliche Sozialeinkommen.

weiterhin aber auch wegen der durch den Saaranschluß erfolgten Gebietserweiterung, um 8,8 vH größer gewesen als 1958. Auf die wirtschaftliche Angliederung des Saarlands entfällt im Jahresergebnis 1 vH der genannten Rate, der Zuwachs in den beiden letzten — von der Eingliederung betroffenen — Quartalen ist um 2 vH überhöht. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sind nicht ganz so stark wie die Summe aller Einkommen, nämlich nur um 8 vH gestiegen. Ebenfalls um 8 vH erhöhten sich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Demgegenüber ergab sich für die indirekten Steuern abzüglich Subventionen ein Wachstum von 13 vH.

Bei einer vierteljährlichen Zergliederung des Wachstumsverlaufs, d. h. bei einer kurzfristigeren Entwicklungsanalyse, zeigen sich jedoch weit stärkere Differenzierungen zwischen den einzelnen Einkommensgruppen. So hat sich bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit die vierteljährliche Zuwachsrate im Jahresverlauf nur unwesentlich verändert. Sie stieg (bezogen auf den alten Gebietsstand) von 6,4 vH auf 7,3 vH an und lag damit seit II/1959 unter der Durchschnittszunahme aller Einkommen. Der Entwicklungsabstand zum Nettosozialprodukt hat sich danach von einem Punkt auf drei Punkte im vierten Quartal ständig vergrößert.

Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zeigten dagegen eine starke Aufwärtsentwicklung. Ausgehend von einer leicht rückläufigen Rate im ersten Quartal — zu erklären aus dem damaligen Tiefpunkt in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung — änderte sich die Situation rasch. Schon im zweiten Quartal entsprach die Zunahme mit 7,3 vH nahezu dem Durchschnitt und in IV/1959 ging sie mit 17 vH wesentlich darüber hinaus. Für die Bruttogewinne der Unternehmen, die an dieser Einkommensgruppe den weitaus größten Anteil haben, ergab sich 1959 eine sehr ähnliche Entwicklung.

Die indirekten Steuern abzüglich Subventionen schließlich hatten in allen Vierteljahren einen überdurchschnittlichen, dabei aber sehr gleichmäßigen Zuwachs.

Die Netto-Einkommensentwicklung

Die Unterschiede in den Entwicklungstendenzen der einzelnen Einkommensarten, die bei der Vierteljahresbetrachtung der Bruttoeinkommen festzustellen waren, sind bei den Nettoeinkommen noch ausgeprägter gewesen, d. h. der über den „Staat“ laufende Umverteilungsvorgang hat die einzelnen Einkommensgruppen im Jahre 1959 verschieden stark berührt. Direkt vergleichbar mit ihren Bruttogrößen bleiben nach dieser Umverteilung die Löhne und Gehälter und die Gewinne; neu erscheinen vor allem die Sozialeinkommen, deren Größe und Entwicklung keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der primären (Brutto-)Einkommensverteilung aufweisen.

Die Nettolöhne und -gehälter sind 1959 mit 8,2 vH etwas schneller gestiegen als die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Die Ursache hierfür war vor allem die in der ersten Jahreshälfte geringere relative Belastung durch Lohnsteuern, die sich als Folge der Steuerreform von 1958 ergab. Im letzten Vierteljahr stimmte aber die Entwicklung der Bruttogröße wieder völlig mit der der Nettolöhne und -gehälter überein. Bei einer Fortrechnung dieser Reihe in das Jahr 1960 an Hand des verfügbaren Materials wird man den Schluß ziehen können, daß in den ersten Monaten dieses Jahres umgekehrt eine höhere relative Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmerinkommen festzustellen sein wird. Die Erhöhungen der Bruttoeinkommen infolge individueller Lohnsteigerungen dürften also nicht zu einer gleichstarken Vergrößerung der Kaufkraft der Arbeitnehmergruppen führen.

Gegensätzlich zu den Einkommen der Unselbständigen sind die Nettogewinne im Jahre 1959 mit 5 vH wesentlich schwächer gewachsen als die Bruttogewinne, für die einleitend eine Zunahme von 8 vH festgestellt werden konnte. Sie erreichten mit dieser Zunahme nur reichlich die Hälfte der Zuwachsrate aller Nettoeinkommen. Die Diskrepanz beider Reihen erklärt sich aus der Entwicklung der aus diesen Einkommen gezahlten direkten Steuern. Sie erhöhten sich von 13,8 Mrd. DM 1958 auf 16,5 Mrd. DM im Jahre 1959, d. h. um 19,5 vH. War also für die Arbeitnehmerinkommen im ganzen ein Rückgang des Steueranteils festzustellen, so hat sich die Steuerbelastung der Gewinne, vor allem als Folge der zeitlichen Unregelmäßigkeiten im Veranlagungsprozeß, aber auch durch die Anpassung der Vorauszahlungen an die tatsächliche Gewinnentwicklung, nicht unbeträchtlich erhöht. Besonders im ersten Dreivierteljahr haben diese Faktoren sehr stark gewirkt, während sich zum Jahresende das Wachstum von Bruttogewinnen und darauf entfallenden Steuern — bei allerdings äußerst günstiger Entwicklung der Gewinne — weitgehend anglichen.

Von den Nettoeinkommen der Selbständigen und Unternehmen ist ein ständig ansteigender Betrag in Form der Entnahmen den privaten Haushalten zugeflossen, so daß sich für diesen Teil ein „normaler“ Jahreszuwachs von 8,2 vH ergibt. Die insgesamt stark unterdurchschnittliche Zunahme der Einkommen wirkte sich somit voll bei den unverteilten Gewinnen aus, deren Jahresbetrag sogar um 3 vH geringer war als im Vorjahr. Auch hier ist aber das Jahresergebnis von der untypischen Entwicklung im ersten Quartal stark in Mitleidenschaft gezogen worden, denn seit der erneuten Beschleunigung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung haben die unverteilten Gewinne kräftig zugenommen.

Die Sozialeinkommen (einschl. Pensionen) sind 1959 nur unterdurchschnittlich gestiegen. Die Jahreswachstumsrate stellte sich auf 4,3 vH und zeigte auch im Jahresverlauf keine Beschleunigungstendenzen. Für die Masseneinkommen (die Summe aus Arbeits- und Sozialeinkommen) blieb daher die Zunahme mit 7 vH weit hinter der des Sozialprodukts zurück.

Die überaus kräftige Entwicklung des Steueraufkommens, an der, wie bemerkt, auch die indirekten Steuern erheblichen Anteil hatten, führte zusammen mit dem weiteren Anwachsen der gesamten „Beiträge zur sozialen Sicherung“ zu einem weit überdurchschnittlichen Anstieg der Staatseinnahmen. Bei der Ermittlung des Nettoeinkommens der öffentlichen Hand sind von diesen Einnahmen die Aufwendungen für die öffentlichen Sozialeinkommen und Pensionen abzuziehen. Da die Übertragungen nur eine geringe Zunahme aufwiesen, war die Erhöhung des Nettoeinkommens der öffentlichen Hand mit 16 vH im Jahre 1959 noch größer als die der Einnahmen und übertraf den Zuwachs aller anderen Einkommensarten bei weitem. Bei einer Vierteljahresbetrachtung zeigt sich aber auch hier gegen Ende des Jahres eine weitgehende Annäherung an den allgemeinen Wachstumstrend.

Die insgesamt schwache Entwicklung der den privaten Haushalten der Bundesrepublik zugeflossenen Einkommen — Löhne und Gehälter, Sozialeinkommen und Entnahmen — spiegelt sich in der zu geringen Ausdehnung des privaten Verbrauchs von 7,3 vH wider. Auf die Dauer wird eine derart lebhafteste Investitionstätigkeit, wie seit dem Frühjahr 1959, aber nur denkbar sein, wenn sie Unterstützung und Rechtfertigung durch Verbrauchserhöhungen findet, die zu einer Vollnutzung der neu geschaffenen Kapazitäten führen.

Die für die Einkommensentwicklung erkennbaren Tendenzen lassen aber trotz der teilweise namhaften Lohnerhöhungen kaum den Schluß zu, daß es 1960 im Verbrauchssektor zu allgemeinen unerwünschten Überhitzungserscheinungen kommen wird.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 und Bonn, Burgstr. 160.
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Reckenberg, Dr. Rolf Krenzel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten, Printed in Germany. *Besuchspreis* für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

Gegenstand	Einheit †)	Woche:	Vorjahr					Gegenwart									
			22.-28. Febr. 1959	1.-7. März 1959	8.-14. März 1959	15.-21. März 1959	22.-28. März 1959	24.-30. Jan. 1960	31. Jan. bis 6. Febr. 1960	7.-13. Febr. 1960	14.-20. Febr. 1960	21.-27. Febr. 1960	28. Febr. bis 5. März 1960	6.-12. März 1960	13.-19. März 1960	20.-26. März 1960	
			9.	10.	11.	12.	13.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	
Produktion																	
Geschäftstätigkeit in USA	1947/49 = 100		146,2	147,1	147,0	147,6	147,9	166,3	165,6	167,7	.	169,0	167,5	165,6	165,0	.	
Industrieproduktion in USA	"		171,9	171,9	173,6	174,5	173,9	186,4	184,9	184,2	183,3	184,4	183,6	185,4	183,9	181,0	
Steinkohlenfödrerg. in Westdtschld. 1)	1000 t	WS	2813	2844	2680	2743	1972	2534	2470	2521	2558	2497	2300	2482	2456	.	
" " " " Großbritannien	"	"	.	4394	4448	.	.	4169	4170	4181	4134	.	4165	4171	4173	.	
Kohlenförderung in USA	"	"	7430	7008	6913	6985	7094	8047	7734	7584	6532	7548	6899	7035	7915	.	
Rohstahlerzeugung in Westdtschld. 1)	"	"	o) 346	o) 340	o) 369	o) 358	191	475	469	473	474	487	469	471	467	.	
" " " " USA	"	"	2251	2300	2359	2368	2383	2465	2438	2440	2448	2423	2408	2401	2356	2317	
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Wagen	"	153	157	156	162	148	208	206	183	189	188	173	180	175	167	
Stromverbrauch in West-Berlin 2)	Mill. kWh	"	43,3	41,4	43,2	42,6	37,6	50,1	53,0	52,1	49,5	49,4	47,9	48,4	49,3	46,7	
Güterverkehr																	
Wagengestellung b. d. Dt. Bundesbahn 13)	1000 Wagen	WS	o) 360,2	o) 365,0	o) 372,9	o) 372,7	283,6	381,3	366,7	368,4	368,1	375,1	360,2	378,2	381,9	.	
Zahlungsverkehr																	
Zahlungsmittelumlaufl in Westdeutschesland u. West-Berlin . .	Mill. DM	BSt	16327	18786	17852	17618	16938	19881	18834	.	18288	17404	20192	19214	18750	.	
Notenumlauf d. Bank von England . .	£	Mi	2006	2019	2027	2033	2059	2094	2099	2118	2115	2112	2119	2123	2127	2145	
" " " " Bank von Frankreich . .	Mrd. frs.	Do	3291	3334	3292	3233	3324	o) 33,6	o) 33,8	34,4	32,6	33,1	34,0	33,8	33,2	.	
" " " " Niederländ. Bank . .	Mill. hfl.	Mo	4117	4278	4164	4116	4159	4274	4375	4245	4211	4234	4440	4333	4271	4228	
" " " " Belgischen Nationalbk. . .	" bfrs.	Do	114121	115994	114920	113978	114661	114778	117062	115908	114261	113165	115490	116044	114802	113929	
" " " " Schweizer . .	" sfrs.	BSt	5459	5651	5559	5481	5555	5899	5746	.	5646	5706	5899	5794	5706	5757	
" " " " Schwedischen . .	" skr.	Mi	5340	5637	5439	5318	5364	5887	5613	.	5571	5491	5772	5593	5481	.	
Zahlungsmittelumlaufl in USA	" \$	Mi	31111	31126	31215	31289	31231	31650	31566	31599	31631	31562	31516	31613	31276	31671	
Geld- und Kapitalmarkt																	
<i>Deutsche Bundesbank 3)</i>																	
Gold	Mill. DM	BSt	11126	11126	11126	11126	11126	10935	10949	.	10949	10997	10997	10999	10999	.	
Gesamtaktiva aus d. Auslandsgeschäft	"	"	14315	14112	14129	14341	14349	12540	12573	.	12740	12914	12785	12953	13344	.	
Inlandswechsel	"	"	458	584	1060	1060	723	1370	1556	.	1265	1230	1207	2533	2571	.	
Kassenkredite 4)	"	"	5	21	16	23	18	4	12	.	16	3	351	339	17		
Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibung	"	"	4151	4172	4232	4229	4210	5201	5298	.	5121	5156	5268	5461	5517	.	
Einlagen insgesamt	"	"	13999	11248	12637	13063	13157	11178	12262	.	12521	13633	11539	13881	14347	.	
darunter: von Kreditinstituten 5)	"	"	6613	6161	7771	6810	7494	7896	9513	.	8797	9516	8396	11232	10160	.	
von öffentlichen Einlegern	"	"	7184	4892	4668	6053	5431	3070	2539	.	3513	3909	2926	2435	3993	.	
<i>Halbmonatliche Bankenstatistik 6)</i>																	
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken .	"	"	22667	.	22506	.	.	.	23225	.	23206	.	23456	.	.	.	
dar.: an Wirtschaftsuntern. u. Private an öff.-rechtl. Körperschaften . .	"	"	19379	.	19397	.	.	.	20515	.	20495	.	20753	.	.	.	
Einlagen von Nichtbanken	"	"	3298	.	3109	.	.	.	2710	.	2710	.	2703	.	.	.	
darunter Spareinlagen	"	"	47172	.	47168	.	.	.	54491	.	55208	.	55159	.	.	.	
Bank von England	"	"	19710	.	19894	.	.	.	23576	.	23833	.	23159	.	.	.	
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg. Forderungen der Bankabteilung . . .	Mill. £	Mi	2046,5	2046,5	2046,5	2046,5	2096,5	2122,3	2122,2	2147,3	2147,3	2147,2	2147,1	2147,3	2147,3	2197,3	
Einlagen	"	"	300,7	300,0	306,0	325,8	305,4	326,2	335,5	314,5	331,1	319,8	319,9	322,5	334,7	303,9	
Bundes-Reserve-Banken in USA	"	"	327,3	321,9	311,4	325,3	329,2	339,8	344,9	329,9	348,5	340,8	332,5	332,2	340,4	341,4	
<i>Bundes-Reserve-Banken in USA</i>																	
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	52128	52239	51760	54163	52218	52199	52296	51748	53194	51670	51999	51159	52879	.	
darunter: Goldzertifikate	"	"	18968	18968	18933	18930	18940	18191	18181	18171	18171	18169	18169	18159	18159	.	
Regierungspapiere	"	"	25342	25322	25354	25497	25474	25436	25415	25340	25300	25178	25218	25225	25360	.	
Einlagen insgesamt	"	"	19353	19448	19130	20006	19423	18789	19056	18717	18930	18326	18585	18452	18724	.	
darunter: Regierungseinlagen	"	"	455	659	390	423	517	611	472	420	464	544	451	564	251	.	
<i>Zinssätze</i>																	
Tagesgeld in London	% p. a.	Sa	2 7/8-3	2-3	2-3	1 1/2-3	2 3/8-3 1/4	3 3/8-4 3/8	3 3/8-4 1/2	3 3/8-4 5/8	3-4 1/8	3-4 1/8	3 3/8-4 1/2	3 3/8-4 1/2	3 3/8-4 1/2	3-3 3/8	
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	"	"	4 3/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 3/8-5 1/4	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	
<i>Effektenmarkt</i>																	
Kursdurchschnitte festverzinsl. Wertpapiere im Bundesgebiet u. in W-Berlin																	
4 1/2%ige RM-Wertpapier, auf DM 7)	vH	BSt	104,71	104,78	104,78	.	105,10	103,21	103,18	.	103,28	103,19	103,14	103,11	103,07	103,07	
5 1/2%ige DM-Pfandbriefe 7)	"	"	110,21	110,24	110,62	.	111,28	110,99	111,09	.	111,21	111,22	111,19	111,17	111,17	111,22	
5 1/2%ige DM-Komm.-Obligationen 7)	"	"	109,63	109,88	110,26	.	112,40	111,11	111,10	.	111,11	111,07	111,07	111,07	111,05	111,04	
6 1/2%ige DM-Pfandbriefe 8)	"	"	102,45	102,43	102,45	.	102,45	96,40	96,20	.	96,05	96,13	96,15	95,93	95,73	95,65	
8 1/2%ige DM-Industrieobligationen . .	"	"	105,89	105,13	104,93	.	104,71	103,30	103,09	.	103,10	103,14	102,93	103,11	103,16	103,23	
Aktienindex, Westdeutschland 9)	31. Dez. 54 = 100	Fr	205,9	201,5	204,9	204,7	206,8	390,9	396,0	398,3	401,1	397,7	397,0	383,3	386,9	392,6	
Aktienindex, Großbritannien 10)	1. 7. 1935 = 100	Fr	218,7	216,3	219,3	221,1	219,1	330,0	322,9	324,5	320,1	322,1	315,2	307,9	322,6	323,9	
Aktienindex, USA 11)	\$ je Stück	Fr	603,5	609,5	614,7	610,4	605,6	622,6	626,8	622,2	628,5	632,0	609,8	605,8	616,4	622,5	
Wechselkurse																	
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	103,35	103,25	103,40	103,40	130,40	103,95	104,05	.	104,08	104,05	104,05	104,03	103,98	104,00	
" " " " New York	\$ je 100 DM	"	23,87	23,87	23,87	23,84	23,84	23,89	23,89	.	23,89	23,89	23,89	23,89	23,89	23,89	
" " " " Paris	frs. je DM	"	118,50	119,00	117,26	117,13	117,28	117,75	117,68	.	117,70	117,68	117,68	117,68	117,68	117,68	
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West	Fr	3,45	3,47	3,49	3,49	3,49	4,10	4,05	4,01	4,05	4,05	4,05	4,05	4,08	4,13	
Weltrohstoffpreise																	
<i>Indizes</i>																	
Moody's Index	31. 12. 31 = 100	Fr	382,7	385,7	388,0	390,6	389,8	379,9	379,2	377,0	374,0	371,2	369,0	371,2	375,1	378,2	
Reuter's Index	18. 9. 31 = 100	"	407,8	408,6	408,4	408,0	407,9	436,5	433,7	432,7	431,7	429,4	428,2	425,5	426,3	429,8	
DIW-Index 12)	1938 = 100	Mi	284,0	284,7	285,2	286,8	287,5	287,3	286,3	286,6	286,3	284,4	284,9	284,3	284,0	287,0	
dar. Nahrungs- und Genussmittel . .	"	"	285,5	288,0	288,3	287,4	287,4	273,0	272,3	272,8	274,0	272,8	272,8	272,8	272,5	273,8	
Textilrohstoffe	"	"	320,9	319,8	322,0	325,9	328,4	329,6	328,9	328,9	326,3	323,6	325,3	324,6	324,0	330,9	
Metalle	"	"	265,0	267,2	265,1	269,2	266,4	276,2	275,2	276,9	275,8	272,3	270,6	267,9	267,4	268,6	
<i>Preise</i>																	
Weizen, hardw. II, loco, New York . .	cts je 60 lbs	"	250,13	252,88	254,63	255,50	258,38	257,75	257,13	258,25	259,38	261,63	261,88	261,50	265,00	263,63	
Kaffee, Santos 4, loco, New York . .	cts je lb	"	38,25	37,50	37,50	37,50	37,50	36,50	37,25	37,50	37,00	37,00	37,00	37,00	36,50	36,75	
Wolle, Kamz., Cr. 48's, loco, Bradford	d je lb	"	65,00	65,00	66,00	66,00	67,00	80,00	79,00	78,00	76,00	75,00	77,00	77,00	77,0		